

# Kohleausstieg – Fachleute melden sich zu Wort!

Dr. rer. oec., Ing. Dietmar Ufer

Sächsische Staatskanzlei 01095 Dresden info@sk.sachsen.de

Betr.: Kohleausstiegspläne der Bundesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

04103 Leipzig, 17. Januar 2019 Grünwaldstr. E-Mail: Ufer-l@t-online.de

Ihre ganzseitige „Sonderveröffentlichung“ in der Leipziger Volkszeitung vom 29. Dezember 2018, Berichte über das Treffen im Kanzleramt zum Kohleausstieg am 15. Januar 2019 und die nach wie vor anhaltende öffentliche Debatte über den Sinn dieses Plans (u. a. über die Absicht, die Fernwärmeversorgung Leipzigs vom Kraftwerk Lippendorf abzukoppeln) regen mich an, Ihnen dazu einige Überlegungen mitzuteilen.

Ausgabe generiert für: D.R. DIETMAR UFER #Paper-Kundennummer: W03\_EPAP08062490

# W.I.R.

WANDEL.INNOVATION.REGION.

Die Braunkohleverbrennung hat vielen Menschen Arbeit und Lohn gegeben. Mit ganzer Kraft arbeitet der Freistaat Sachsen daran, dass neue Arbeitsplätze entstehen können. Dafür braucht es Zeit, Kraft und Geld. Und es wird nur gemeinsam gelingen – mit dem Bund, den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt und den Menschen im Revier – eben **WIR**. Wenn sich diese Bausteine aus Wandel, Innovation und Region zusammenfügen, wird das Fundament für den Strukturwandel tragfähig sein. Über die Chancen und Möglichkeiten dazu lesen Sie auf dieser Extra-Seite.



Michael Kretschmer (CDU),  
Ministerpräsident Sachsen

Klar ist auch: Die Staatsregierung steht an der Seite der hier lebenden Menschen. Wir wollen, dass das Mitteldeutsche Revier, das Leipzig und Umgebung zu einer der führenden Regionen Europas werden. Deshalb setzen wir uns in Berlin für die Zukunft dieses Standortes ein. Deshalb machen wir auch Investitionen und vor allem verbindliche Zusagen des Bundes. Es gibt viele kluge Ideen und Vorschläge. Sie reichen von einem beschleunigten Planungsgesetz bis hin zu Vorhabenzulagen für Verkehrsprojekte. Unser Ziel ist eine moderne Infrastruktur – und damit wichtige Standortvorteile und eine große Densität. Das ist eine notwendige Aufgabe. Schließlich braucht das Industrieland Deutschland eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Tag und Nacht, das ganze Jahr. Entscheidend ist für mich auch: Erst neue Arbeitsplätze, dann Kohleausstieg. Wir wollen, dass das mitteldeutsche Revier eine Zukunftstragion wird. Ihre Klären und Einzelne guten Gewissens sagen können. Auch Ihr wertvoll hier in unserer Heimat eine neue und erfüllende Arbeit finden.



Martin Dulig (SPD),  
Wirtschafts- und  
Verkehrsminister

Wichtige Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften bietet das Mitteldeutsche Revier schon heute: gut ausgebildete, motivierte und erfahrene Arbeitskräfte und mit den Standorten Leipzig, Merseburg und Halle leistungsstarke Hochschul- und Forschungsstandorte. Viele Landkreise und Kommunen bauen zudem erfolgreich ein schnelles Internet auf. Es gilt, das Mitteldeutsche Revier auf Schiene und Straße noch besser an die Metropolregion anzuschließen. Das packen Freistaat und Bund gemeinsam an. Mit starken Unternehmen in der Energiewirtschaft und der chemischen Industrie haben wir innovative wirtschaftliche Partner auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Energie- und Industrieregion. Wenn Bund, Land und Kommunen mit den Unternehmen und Menschen in der Region an einem Strang ziehen, wird das Mitteldeutsche Revier auch in zwanzig Jahren eine attraktive Region sein.

Antepp/Social

Ausschnitt aus Sonderveröffentlichung der sächsischen Landesregierung

Vorab begrüße ich es sehr, dass sich Herr Ministerpräsident Kretschmer und Wirtschaftsminister Dulig – ebenso wie die Regierungsspitzen von Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen – gegen den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohlenindustrie in Deutschland aussprechen.

Für unabdingbar halte ich die Forderung, allen direkt und indirekt in der Braunkohlenindustrie Beschäftigten eine wirtschaftliche und soziale Zukunft nicht nur zu versprechen, sondern zu sichern, bevor in Lausitz und Mitteldeutschland – wieder einmal! – Zehntausende Arbeitsplätze vernichtet werden.

# Zehn Punkte Plan.

## **Erst der Strukturwandel, dann der Kohleausstieg**

Bevor Arbeitsplätze wegfallen, müssen neue gleichwertige Industriearbeitsplätze geschaffen werden.

## **Von der Braunkohleregion zur Innovationsregion**

In der Lausitz und im mitteldeutschen Revier werden gezielt Bundes- und Landeseinrichtungen angesiedelt. Bund und Länder müssen sich dazu verbindlich verpflichten, in den ostdeutschen Braunkohlerevieren gezielt Institutionen anzusiedeln.

## **Maßnahmengesetz**

Es soll konkrete Projekte vereinbaren und deren Finanzierung für die kommenden Jahrzehnte absichern.

## **Rechtsverbindliche Finanzierung in Form eines Fonds/einer Stiftung**

Die Bundesregierung muss die finanzielle Verantwortung übernehmen, die der Ausstieg aus der Braunkohle und somit der Strukturwandel in den Regionen benötigt - unabhängig von Dauer und Haushaltslage.

## **Planungsbeschleunigungsgesetz**

Es soll unter anderem bürokratische Hürden für schnelle Investitionen senken. Auf EU-Ebene gilt es, Beihilfen und Förderungsinstrumente zu flexibleren und auszubauen.

## **Sonderverkehrswegeplan**

Er soll vor Ort angedachte Straßen-, Schienen- und Digitalprojekte höher einstufen, um zügiger Planungsrecht zu schaffen.

## **Die MIBRAG**

Das Unternehmen muss eine aktiver Rolle in der Energiewende übernehmen. Zum Beispiel arbeitet es im Braunkohlentagebau Profen bereits an einem innovativen Energiepark, in dem regenerative Energien auf der Basis neuer energetischer Konzepte neben traditioneller Land- und Forstwirtschaft zum Einsatz kommen.

## **Innovations- und Wirtschaftsförderung**

Diese Förderung muss mit regionalen Qualifikationspotenzialen verbunden werden. Mit Hilfe der Bundesagentur für Arbeit soll ein gezieltes Fachkräfte-monitoring in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier betrieben werden. Um gezielte Ansiedlungen in Zukunftsbranchen zu betreiben, müssen intensive Gespräche mit deutschen und internationalen Industrieunternehmen geführt werden. Nur so bieten sich Perspektiven für Familien und Fachkräfte.

## **EU-Förderbedingungen**

Besondere EU-Förderbedingungen für die Region müssen verabredet werden. Denn dieser Strukturwandel ist nicht nur im nationalen Interesse, sondern dient den europäischen Klimaschutzzielen.

## **Transformationsprozess**

Wenn der Strukturwandel gelingen soll, ist ein nationaler Kraftakt notwendig. Wir benötigen eine Standortaufwertung, die allen Menschen zugutekommt.

## Zehn Punkte Plan – Ausschnitt aus Sonderveröffentlichung

Ein Aspekt der künftigen Entwicklung der Braunkohle-Regionen kommt in allen bisherigen Debatten m. E. viel zu kurz weg. Lediglich Ministerpräsident Michael Kretschmer hat ihn in der Sonderveröffentlichung der Sächsischen Staatskanzlei benannt:

„Schließlich braucht das Industrieland Deutschland eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Tag und Nacht, das ganze Jahr.“

Braunkohle wird primär nicht deshalb gefördert und verarbeitet, weil damit Arbeitsplätze gesichert werden, sondern weil sie in Deutschland für die Elektroenergieversorgung benötigt wird. Nach der beabsichtigten Stilllegung aller Kernkraftwerke und dem geplanten Braunkohlen- ausstieg würde es hier keine ausreichenden Kraftwerksleistungen mehr geben, um unser Land zuverlässig („Tag und Nacht, das ganze Jahr.“) mit elektrischer Energie zu versorgen. Dass das mit Wind- und Solarenergie nicht möglich ist, dürfte inzwischen bekannt sein. Hoffnungen auf ausreichende Speicherkapazitäten sind aus technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen illusorisch. Der Wegfall der- speziell in Ostdeutschland – modernsten Braunkohlenkraftwerke Europas führt unweigerlich zum Verlust einer zuverlässigen Stromversorgung, wie sie für Industrie, Verkehr und letztlich für die gesamte Gesellschaft, gebraucht wird. Bisher gibt es weder aus der Kohlekommission noch von der Bundesregierung konkrete Hinweise darauf, wie die Elektrizitätsversorgung Deutschlands ohne Kernenergie und ohne Kohle gewährleistet werden soll – viel weniger gibt es konkrete Konzepte.

Rein theoretisch sind Gaskraftwerke als Ausgleich denkbar. Sie führen allerdings zu erheblich höheren Stromkosten und machen die gesamte Energieversorgung des (Noch-)Industrielandes Deutschland importabhängig. Zudem liegen bisher noch keinerlei konkrete Standortplanungen vor. Auch Gaskraftwerke emittieren das angebliche „Klimagift“ Kohlendioxid!

Ebenfalls hypothetisch könnte man sich den Import von elektrischer Energie aus Nachbarländern vorstellen. Das würde jedoch voraussetzen, dass in Frankreich, Tschechien und/oder Polen zusätzliche Kohle- bzw. Kernkraftwerke und zusätzliche Hochspannungsleitungen (vorwiegend in West-Ost-Richtung, nicht in Nord-Süd- Richtung wie bisher geplant) gebaut werden müssten. Konkrete, international abge- stimmte Planungen dafür liegen nicht vor.

Eine weitere Möglichkeit wäre der Bau neuer Kernkraftwerke, was zu einer langfristig zuverlässigen Energieversorgung führen würde. Allerdings ist das unter den gegen- wärtigen politischen Verhältnissen in Deutschland (bis heute) nicht denkbar ist, zumal sich hierzulande offenbar kaum ein Politiker darüber im klaren ist, welchen Fortschritt die Nukleartechnik in anderen Ländern inzwischen gemacht hat.

**Aus dieser Situation ergibt sich die Forderung:**

„Bevor Braunkohlekraftwerke liquidiert werden, muss abgesichert

werden, dass die zukünftige Elektroenergieversorgung Deutschlands dauerhaft zuverlässig und kostengünstig gewährleistet wird.“

Weder von der Bundesregierung noch von der Kohlekommission hat man bisher eine solche Forderung vernommen! Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auch (relativ vage) zugesagte milliarden schwere Unterstützungen des Bundes für die betroffenen Regionen nicht automatisch zu einer zukunftsträchtigen Energieversorgung führen.

Schließlich sei auf die immer wieder diskutierten klimapolitischen Aspekte hingewiesen. Jeder unserer Politiker sollte sich darüber im klaren sein, dass der Wegfall der Braunkohlenförderung in unserem Land keine – ich betone: absolut keine! – Auswirkungen auf die Entwicklung des Klimas auf der Erde haben wird! Das zeigen schon die geringen Anteile der deutschen Kohle am Welt-Kohleverbrauch (< 3 % 2017), aber auch die unbeweisbare Behauptung von der „Klimaschädlichkeit“ der Kohle.

Auch ökologisch setzen schlüssige Planungen über die Zukunft der Braunkohlenregionen eine zeitliche Abstimmung des Braunkohleausstiegs und der nachfolgenden Landschaftsgestaltung, insbesondere der Flutung der Tagebaurestlöcher, voraus. Die zwar kostspieligen aber äußerst wertvollen Erfahrungen bei der Gestaltung der Seenlandschaften in Lausitz und Mitteldeutschland müssen dabei berücksichtigt werden.

Soweit einige Überlegungen zur Zukunft der deutschen Braunkohlenindustrie, die bisher gar nicht oder völlig ungenügend berücksichtigt worden sind.

Ich erwarte von der Bundesregierung, die den Ausstieg aus der Kohlenutzung veranlasst hat, (nicht von den Braunkohle-Ländern!) eine ehrliche und sachlich- wissenschaftlich nachvollziehbare Aufwands-Nutzen-Analyse, und zwar bevor „die Axt“ an diesen Industriezweig angelegt wird! Den Bürgern Deutschlands sind konkrete Rechnungen vorzulegen, aus denen hervorgeht:

- – Um wieviel Tausendstel Kelvin wird durch den deutschen Kohleausstieg eine Annäherung an das „Klimaziel“ von 2 bzw. 1,5 Kelvin (Pariser Klimaabkommen von 2015) erreicht?
- – Wieviele Milliarden Euro müssen in Deutschland aufgewendet werden, um dieses (rein hypothetische!) Ziel zu erreichen?
- – Wieviele Arbeitsplätze werden dadurch verloren gehen (oder gewonnen)?
- – Mit welchen sozialen und psychologischen Folgen für die Bevölkerung ist der Strukturwandel in den Braunkohleregionen verbunden?
- – Welche ökologischen Auswirkungen wird der Kohleausstieg in Deutschland verursachen? Ich würde mich sehr freuen, wenn meine Überlegungen Eingang in weitergehende Untersuchungen der Braunkohleländer und der Bundesregierung finden würden. Bitte informieren Sie mich über entsprechende Aktivitäten.

Mit freundlichen Grüßen (gez.) Dietmar Ufer